



Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Politischer Protest und Radikalisierung: Befunde aus dem WZB ProtestMonitoring

Eylem Kanol, Teresa Völker, Daniel Saldivia Gonzatti, Lennart Schürmann, Swen Hutter

Phänomenmonitoring

Zusammenfassung

Das ProtestMonitoring am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) untersucht die deutsche Protestlandschaft und ihre Radikalisierungsdynamiken. Dabei wird Protest in seinen vielfältigen Themen und Formen – von Petitionen über Demonstrationen bis hin zu politischer Gewalt – im Zeitverlauf vergleichend in den Blick genommen.

In Kapitel 1 unseres Beitrags konzentrieren wir uns auf die Protestdynamik im Jahr 2023 und ordnen diese auf der Basis international einzigartiger medienbasierter Protestereignisdaten in den historischen Kontext der deutschen Protestlandschaft seit 1950 ein. Wie proteststark war das Jahr 2023? Unsere Daten zeigen einen deutlichen Anstieg der Protestereignisse im Vergleich zum Vorjahr bei gleichzeitigem Rückgang der Anzahl der Protestierenden. Thematisch dominieren Umwelt- und Klimafragen sowie Proteste im Kontext des russischen Angriffskrieges in der Ukraine und des Israel-Gaza-Krieges das Protestgeschehen. Unsere Analysen zeigen, dass es absolut gesehen eine Zunahme von radikalen Protesten mit gewalttätigen oder konfrontativen Formen und internationalem Bezug gibt. Relativ betrachtet sind diese Proteste jedoch nicht konfrontativer oder gewaltförmiger als solche, die sich auf nationale Ereignisse und Konflikte beziehen.

In Kapitel 2 des Beitrags präsentieren wir ausgewählte Ergebnisse von zwei Umfrageexperimenten zur Wahrnehmung und Bedrohung durch islamistische und rechtsextreme Gewalt. Im ersten Experiment analysieren wir, wie Befragte Radikalisierungstendenzen erkennen und darauf reagieren. Insgesamt nehmen die Befragten Radikalisierung als problematisch und bedrohlich wahr, sehen jedoch bei islamistischer Radikalisierung einen etwas höheren Handlungsbedarf. Während informelle Maßnahmen wie Gespräche mit der betroffenen Person keine Unterschiede zwischen den Phänomenbereichen zeigen, gibt es bei islamistischer Radikalisierung eine höhere Bereitschaft zu formellen Maßnahmen wie die Kontaktierung von Beratungsstellen, der Polizei oder der religiösen Autoritäten. Das zweite Experiment untersucht die Wahrnehmung

*und Reaktionen auf rechtsextreme und islamistische Terroranschläge. Rechtsextreme Terrorist*innen werden häufiger als Einzeltäter*innen wahrgenommen, während islamistische Terrorist*innen als Teil einer größeren Gruppe gesehen werden. Nach islamistischen Anschlägen ist die Stigmatisierung von Muslim*innen höher, während deutsche Patriot*innen nach rechtsextremen Anschlägen weniger stark verantwortlich gemacht werden. Zudem werden nach islamistischen Anschlägen häufiger verstärkte Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung gefordert als nach rechtsextremen Anschlägen.*

Stichworte

*Protest | Mobilisierung | Radikalisierung | Islamismus | Rechtsextremismus |
Protestereignisanalyse | Umfrageexperimente*



1. Die deutsche Protestlandschaft 2023

Die Bundesrepublik Deutschland zeichnet sich durch eine traditionsreiche Protestgeschichte aus. Seit ihrer Gründung gab es kontinuierlich Mobilisierungen in Form von Straßenprotesten und anderen unkonventionellen Aktionsformen. Im Rahmen des WZB ProtestMonitorings vergleichen wir diese Dynamiken im Längsschnitt. Dadurch können wir das aktuelle Protestgeschehen in den historischen Kontext einbetten und aktuelle Entwicklungen besser einordnen. So kann untersucht werden, ob wir uns derzeit in einer Hochphase des Protests befinden, welche Themen im vergangenen Jahr die Menschen bewegt haben oder inwieweit sich das deutsche Protestgeschehen in den letzten Jahren hinsichtlich der gewählten Aktionsformen radikalisiert hat.

Hierbei nutzt unser Protestmonitoring die Methodik der Protestereignisanalyse, eine etablierte Methode der Sozial- und Politikwissenschaften, die einzelne Protestereignisse erfasst (Hutter, 2014). In diesem Zusammenhang werden Proteste als kollektive Aktionen von nichtstaatlichen Akteure definiert, die Widerspruch auf Grundlage eines gesellschaftlich-politischen Ziels äußern (Rucht et al., 1992). Für die Sammlung der einzelnen Protestereignisse nutzen wir überregionale Tageszeitungen (Süddeutsche Zeitung, taz, die Tageszeitung) als Quelle, da sie trotz ihrer selektiven Berichterstattung zuverlässige Informationen für vergleichende Analysen von Protestdynamiken bieten (Earl et al., 2004; Ortiz et al., 2005). Anhand der Zeitungsartikel erfassen wir Informationen zu Zeit, Ort, Akteure, Adressat*innen, Protestform und -forderungen. Darüber hinaus unterscheiden wir verschiedene Protestformen, um Radikalisierung im Aktionsrepertoire zu untersuchen. So differenzieren wir zwischen appellativen (unter anderem Petitionen), demonstrativen (unter anderem Demonstrationen und Kundgebungen), konfrontativen (unter anderem Blockaden und Besetzungen) und gewaltförmigen (unter anderem politisch motivierte Anschläge und schwerwiegende Sachbeschädigung) Formen des Protests.¹ Um das kontinuierliche Protestmonitoring in Deutschland rückwirkend bis zur Gründung der Bundesrepublik im Längsschnitt verfolgbar zu machen, knüpfen wir an das Vorgängerprojekt PRODAT an, das am WZB durch ein

¹ Weitere methodische Details zur Datensammlung, text-analytischen Bearbeitung, maschinellen Vorhersagen und Kodierungen befinden sich in früheren Kapiteln des WZB ProtestMonitorings in den MOTRA-Monitors 2020, 2021 und 2022 (Grande et al., 2021, 2022; Hutter et al., 2023).

Team um Dieter Rucht Protestereignisse für den Zeitraum 1950 bis 2002 erhoben hat.² Die Verbindung beider Projekte erlaubt einen weltweit einzigartigen Längsschnitt zum Protestgeschehen eines Landes.

1.1. Das Protestjahr 2023 im historischen Vergleich

Das Jahr 2023 ist durch einen deutlichen Anstieg der Protestereignisse gekennzeichnet. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Anzahl der kodierten Protestereignisse mehr als verdoppelt und erreicht fast wieder das Niveau der Jahre 2019 und 2020 (siehe Abbildung 1). Mit Blick auf die Gesamtzahl der Ereignisse gehört das Jahr 2023 im historischen Vergleich zurückgehend bis 1950 zum protestreichsten oberen Drittel. Diese Zunahme an Ereignissen ist besonders markant, wenn wir die gewaltförmigen Proteste betrachten. Hierbei gehört das Jahr 2023 zu den 10 % der Jahre mit den meisten erfassten politischen Gewalttaten seit Beginn der Datenerhebung.

Im Gegensatz zu der starken Zunahme der Protestereignisse steht der deutliche Rückgang der absoluten Anzahl an erfassten Protestierenden im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr. Mit Blick auf die Anzahl der Protestierenden liegt das Jahr 2023 im historischen Vergleich im unteren Drittel. Die geringe Anzahl der Protestierenden und die gestiegene Anzahl der Ereignisse stellen keinen Widerspruch dar. Der starke Anstieg der Protestereignisse ist in weiten Teilen durch die deutliche Zunahme politischer Gewalttaten zu erklären. Während politische Gewalttaten oft viel Aufmerksamkeit erregen und ein großes Medienecho nach sich ziehen, sind an diesen normalerweise nur wenige Personen beteiligt. Dies zeigt sich auch in unseren Daten. Gewaltförmige und konfrontative Protestereignisse, wie beispielsweise Straßenblockaden, werden in der Regel durch Einzeltäter*innen oder kleine Gruppen von Aktivist*innen ausgeführt.

² Zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit der Daten orientieren wir uns an der Zeitungsauswahl und Kodier-Logik des PRODAT-Projektes. Entsprechend dieser Logik basieren die Ergebnisse der Längsschnittanalyse 1950–2023 auf der Kodierung der Montagsausgaben sowie jeder vierten Woche der Süddeutschen Zeitung.

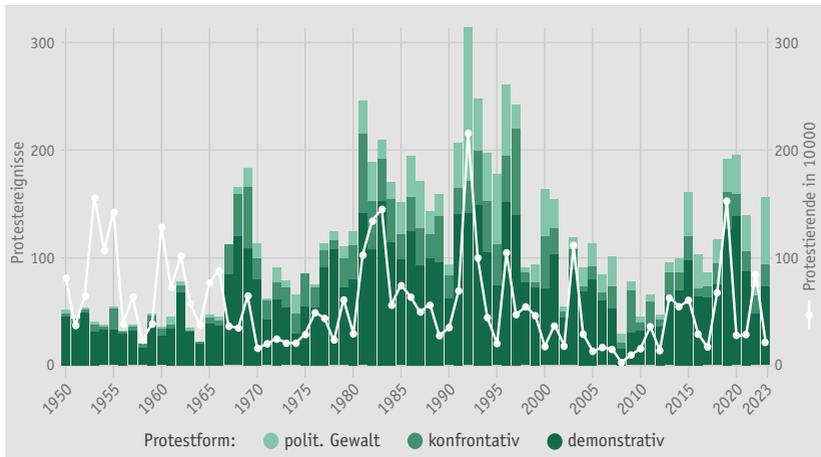


Abbildung 1: Dynamik des Protestgeschehens in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 2023

Anmerkung: Die Balken visualisieren die Anzahl der absoluten Protestereignisse pro Jahr (linke y-Achse) und die verbundenen Punkte spiegeln die Anzahl der Protestierenden in 10.000 wider (rechte y-Achse).
Quelle: Süddeutsche Zeitung

Im Gegensatz zu 2022, einem Jahr mit vielen Großereignissen, gab es 2023 nur wenige Proteste, die eine große Anzahl an Menschen mobilisieren konnten. Zu den wenigen massenmobilisierenden Protestereignissen mit mehr als 20 000 Teilnehmer*innen gehörten unter anderem die Besetzungen im rheinländischen Lützerath im Januar, die von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer organisierte Demonstration „Aufstand für Frieden“ im Februar, die Demonstration „ZAMMREISSEN! – Bayern gegen Rechts“ in München im Oktober sowie die Kundgebung gegen Antisemitismus vor dem Brandenburger Tor in Berlin im Oktober 2023.

1.2. Welche Themen mobilisierten die Menschen?

Auch wenn die Anzahl der Proteste im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegen ist, ist die Zunahme bei den einzelnen Protestthemen sehr unterschiedlich. Die deutlichste Zunahme bei der Anzahl erfasster Ereignisse ist bei Forderungen zu Umwelt und Mobilität zu verzeichnen (siehe Abbildung 2). Die Angaben beziehen sich hierbei auf eine Vollerhebung aller Ausgaben der *Süddeutschen Zeitung* und der *taz*, die ab 2019 zur Verfügung steht. Bemerkenswert ist die Anzahl der Klimaproteste,

die etwa zwei Drittel der Proteste im Bereich Umwelt/Mobilität ausmachen. Diese starke Veränderung im Jahr 2023 lässt sich in großen Teilen auf die Aktionen der Protestgruppe „Die Letzte Generation“ zurückführen. Im Rahmen ihrer Proteststrategie führte diese Gruppe in vielen Orten Deutschlands Aktionen durch, bei denen sich die Aktivist*innen auf die Straße klebten, um für ein niedrigeres Tempolimit und das Ende fossiler Brennstoffe zu demonstrieren (vgl. Rucht, 2023).

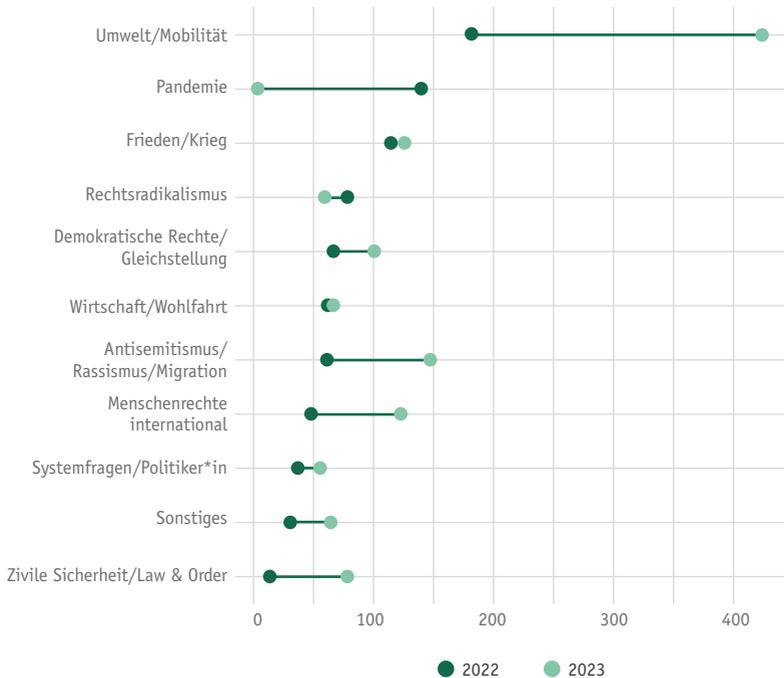


Abbildung 2: Protestereignisse und -themen in den Jahren 2022 und 2023 im Vergleich

Anmerkung: Absolute Zahlen. Ein Protestereignis kann bis zu zwei Hauptthemen beinhalten.
Quelle: Süddeutsche Zeitung und taz, die Tageszeitung

Doch auch Proteste zu den Themen Menschenrechte international, Antisemitismus, Rassismus und Migration wurden im Jahr 2023 deutlich präsenter. Neben der Forderungskategorie Krieg und Frieden finden sich in diesen Kategorien die Proteste, die im Zusammenhang mit dem

Israel-Gaza-Krieg seit dem 7. Oktober 2023 stehen. Insgesamt hatten im Jahr 2023 etwa 20 % der von uns erfassten Proteste einen Bezug zu diesem Konflikt.

Die Proteste im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie sind deutlich zurückgegangen. In den Pandemie Jahren 2020 und 2021 waren Corona und die damit verbundenen Eindämmungsmaßnahmen das dominierende Thema in der deutschen Protestlandschaft. Bereits im Jahr 2022 zeigte sich eine deutliche Abnahme der tatsächlichen und medialen Dominanz der Coronaproteste zugunsten von Protesten, die sich mit den Themen Klima und Frieden in der Ukraine befassen. Im Jahr 2023 gab es kaum noch Coronaproteste – zumindest kaum noch Proteste, die die Schwelle der nationalen Medienaufmerksamkeit erreichten.

1.3. Protestthemen und Aktionsrepertoires

Welche Protestformen dominierten 2023 die deutschen Straßen? Neben der Anzahl der Protestereignisse ist die Frage nach der Radikalisierung des Aktionsrepertoires von zentraler Bedeutung für die Bewertung der deutschen Protestlandschaft im Jahr 2023. Betrachtet man die Verteilung der Aktionsformen auf die drei Kategorien – demonstrativ, konfrontativ und politische Gewalt –, so erkennt man, dass sich die einzelnen Themen teilweise durch sehr unterschiedliche Protestformen auszeichnen (siehe Abbildung 3).

Ein außergewöhnlich hoher Anteil an konfrontativen Aktionen ist bei Protesten mit Forderungen zu Umwelt und Mobilität zu verzeichnen. Über 70 % der erfassten Protestereignisse sind konfrontativ, wozu größtenteils die Straßenblockaden der Protestgruppe „Die Letzte Generation“ gehören. Es ist wichtig zu betonen, dass Straßenblockaden in der Kodierung des WZB ProtestMonitorings nicht als politische Gewalt eingeordnet werden. Politische Gewalt muss in der Protestereignisanalyse die Bedingung von Gewalt gegen Menschen oder schwerwiegende Sachbeschädigung erfüllen. Da die absolute Zahl der Proteste in diesem Themengebiet stark angestiegen ist, ist auch die Anzahl politischer Gewalttaten deutlich gestiegen – diese waren allerdings weitestgehend gegen die Umweltaktivist*innen selbst gerichtet.

Proteste im Themenblock Rechtsradikalismus sind relativ gesehen stärker durch konfrontative Aktionen und politische Gewalt geprägt. Hierbei handelt es sich beispielsweise um Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte durch rechtsradikale Akteure. Einzelne Protestereignisse verbinden oftmals mehrere Themen. So sind diese Angriffe sowohl im Bereich Rechtsextremismus als auch im Bereich Antisemitismus/Rassismus/Migration aufgeführt. Auch Aktionen der Reichsbürgerbewegung finden sich im Themengebiet Rechtsradikalismus. Die einzelnen Themenblöcke umfassen sowohl Proteste des jeweiligen Themas als auch Gegenmobilisierungen. Während die konfrontativen Aktionen und die politische Gewalt vorwiegend von rechtsradikalen Akteure ausgehen, beschränkt sich die Gegenmobilisierung gegen Rechtsradikalismus weitestgehend auf Kundgebungen, Demonstrationen oder Konzerte und verläuft in der Regel friedlich.

Proteste mit Bezug zum Israel-Gaza-Krieg finden sich größtenteils in den Bereichen Menschenrechte international, Antisemitismus, Rassismus und Migration wieder. Die genaue Kategorisierung hängt von den jeweiligen Forderungen ab, wobei auch hier Mehrfachnennungen möglich sind. Auch in diesen Kategorien ist ein Anstieg politischer Gewalt in absoluten Zahlen zu verzeichnen. Hierzu gehören beispielsweise Angriffe auf Synagogen oder Gewaltandrohungen gegenüber der jüdischen Bevölkerung.

Am stärksten durch Gewalt geprägt sind die Proteste in den Themengebieten Systemfragen/Politiker*innen und Zivile Sicherheit/Law & Order. Diese Proteste umfassen unter anderem Angriffe auf politische Funktionsträger*innen sowie Angriffe auf Polizeibeamt*innen und Rettungskräfte, die beispielsweise während der Silvesternacht oder auch am Rande der Israel-Gaza-Proteste stattgefunden haben (Tagesspiegel, 2023). Im nächsten Abschnitt wenden wir uns genauer dieser Internationalisierung von Protest zu. Hierbei untersuchen wir, inwiefern sich internationale Konflikte in der deutschen Protestlandschaft über die Zeit widerspiegeln.



Abbildung 3: Protestthemen und Aktionsformen in Deutschland in 2023

Anmerkung: Prozentualer Anteil der Aktionsform an allen Protestereignissen innerhalb eines Themas. Maximal zwei Themen pro Protestereignis. Quelle: Süddeutsche Zeitung und taz, die Tageszeitung

1.4. Internationalisierung von Protest

Im Jahr 2023 wurde vermehrt die Frage aufgeworfen, ob die Internationalisierung der Protestarena zugenommen hat und ob dies auch mit einer stärkeren Radikalisierung des Protestgeschehens einhergeht. Internationalisierte Proteste sind durch politische Forderungen zu Konflikten, Kriegen, Regierungen und Verträgen im internationalen Kontext gekennzeichnet. Obwohl der internationale Bezug dieser Proteste in der Regel politische Akteure im Ausland adressiert (siehe della Porta & Mattoni, 2014), wird auch die nationale Politik aufgefordert zu agieren. Ebenfalls können aus internationalisierten Protesten in Interaktion mit Änderungen der innenpolitischen Opportunitätsstrukturen neue Protestbewegungen entstehen, die neue innenpolitische Forderungen entwickeln (Hadden & Tarrow, 2007; Koopmans, 1999). Das war zum Beispiel der Fall in den USA nach dem 11. September 2001, als sich die Anti-Kriegsbewegung in

eine Anti-Überwachungs- und Menschenrechtsbewegung im Rahmen der War-on-Terror-Politik weiterentwickelte (Tarrow, 2015). Allerdings gibt es bis heute wenig Forschung zu internationalisierten Protesten. Aus diesen Gründen ist es wichtig zu untersuchen, wann externe Faktoren wie Kriege im Ausland Protestdynamiken im Inland auslösen und prägen.

Aus diesem Anlass analysieren wir in diesem Abschnitt die Entwicklung von internationalisierten Protesten in Deutschland über die Zeit. Hierfür haben wir Protestereignisse von 1950 bis 2023 untersucht. Diese umfassen verschiedene politische Forderungen wie beispielsweise zu militärischen Interventionen und Bürgerkriegen, zu Frieden und Abrüstung sowie zu Kriegs- und Atomwaffen. Weitere Forderungsthemen umfassen Imperialismus, Selbstbestimmung der Völker und Fragen der europäischen Integration.

Abbildung 4 zeigt die Anzahl an internationalisierten Protesten im Verhältnis zu Protesten mit einem exklusiven nationalen Bezug über die Zeit. Die Ergebnisse zeigen, dass die Protestlandschaft im Jahr 2023 in der Tat stark internationalisiert war, insbesondere durch das Thema Israel-Palästina. Interessanterweise mobilisierten jedoch im Jahr 2022 Demonstrationen zur Ukraine und dem Iran deutlich mehr Teilnehmende, obwohl es sich dabei um weniger Protestereignisse handelte. Dieser Unterschied hängt mit einer bekannten Charakteristik von Protestereignissen zusammen: Größere Proteste – vor allem Demonstrationen –, die viele Menschen auf die Straße mobilisieren, finden im Vergleich seltener statt als viele kleinere, zeitlich aufeinanderfolgende Proteste. Daher stellt sich die Frage nach der Protestform der internationalisierten Proteste und inwiefern diese über die Zeit radikaler geworden sind.

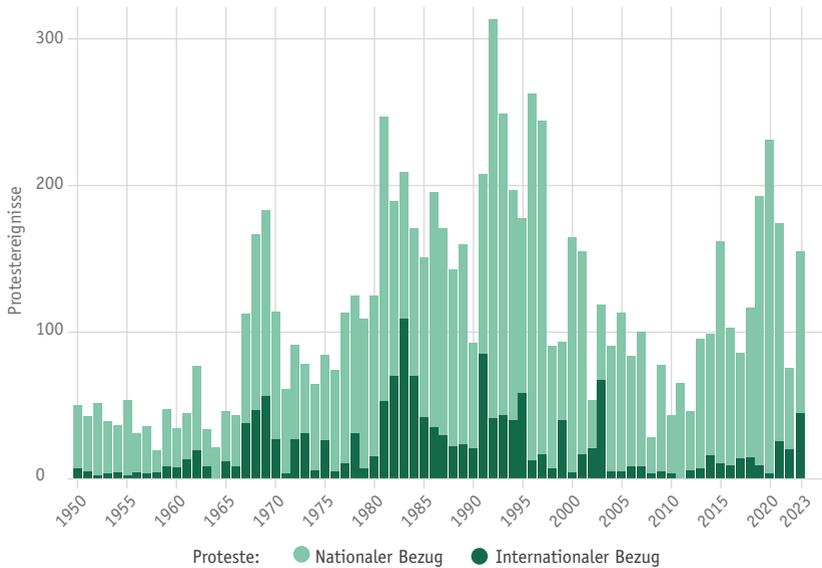


Abbildung 4: Protestereignisse mit internationalem Bezug (1950 bis 2023)

Seit dem Jahr 2000 lässt sich ein Trend zur Radikalisierung der Protestformen bei Protesten mit internationalem Bezug feststellen. In anderen Wörtern heißt das, dass der Anteil an konfrontativen und gewalttätigen Formen bei den internationalisierten Protesten seit Anfang des Jahrtausends gestiegen ist. Dennoch sind internationalisierte Proteste im Verhältnis zu rein nationalen weniger radikal. Im Jahr 2021 waren rund 30 % der erfassten internationalen Proteste konfrontativ oder gewaltförmig, was mit der Intensivierung des Israel-Palästina-Konflikts im Frühjahr desselben Jahres zusammenhing. Im Jahr 2023 waren insgesamt weniger internationale Proteste gewaltförmig (7 %) oder konfrontativ (18 %). Dies lässt sich so interpretieren, dass es 2023 mehr palästinensische Proteste gab, die zwar häufig antisemitisch oder mit weiteren problematischen (radikalen) Forderungen verbunden waren, aber im Durchschnitt friedlicherer Natur waren als noch 2021. Diese Entwicklung verdeutlicht die Notwendigkeit einer multidimensionalen Radikalisierungsanalyse, die neben den angewendeten Protestformen auch die thematischen Forderungen der Protestierenden berücksichtigt.

Insgesamt unterstreicht die Analyse den Einfluss internationaler Ereignisse – wie der Überfall der Terrorgruppe Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 – auf die deutsche Protestlandschaft und verdeutlicht die Dynamik und Komplexität der globalen Protestbewegungen. Auch entwickeln sich die internationalen Proteste in Deutschland kontinuierlich weiter, wie unter anderem anhand der propalästinensischen Proteste an den Universitäten in 2024 deutlich wird. Dabei spielen politische Opportunitätsstrukturen und die Politik der deutschen Bundesregierung eine Rolle, wodurch sich internationale Proteste weiterhin dynamisch und unvorhersehbar weiterentwickeln.

2. Die Wahrnehmung von Radikalisierung und Bedrohung in der Bevölkerung

Wie eingangs betont, wechseln wir in Kapitel 2 dieses Beitrags die Ebene und das Untersuchungsinstrument. Wir nähern uns nun mittels Umfrageexperimenten den Wahrnehmungen und Bedrohungslagen in der deutschen Bevölkerung an. In Deutschland zählen die Phänomenbereiche Rechts extremismus und Islamismus zu den zentralen Herausforderungen für die Demokratie. Vor dem Hintergrund der ereignisreichen letzten Jahre, der Vielzahl von Gewalttaten und des erhöhten Gefährdungspotenzials durch Akteure aus dem islamistischen und rechtsextremen Spektrum haben wir die Wahrnehmung von Radikalisierung und Bedrohung vergleichend analysiert. Die Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der öffentlichen Wahrnehmung von rechtsextremer und islamistischer Radikalisierung haben wir auf der Basis von zwei Umfrageexperimenten aus unterschiedlichen Perspektiven untersucht: (1) die Radikalisierung einer Person im nahen sozialen Umfeld und (2) terroristische Anschläge. Im folgenden Abschnitt stellen wir beide Szenarien vor und diskutieren anschließend, wie Bedrohung und Radikalisierung in Deutschland wahrgenommen werden und welche Unterschiede zwischen Islamismus und Rechtsextremismus bestehen.

Gemeinschaftliche Resilienz gegenüber Rechtsextremismus und islamistischem Extremismus: Experimentelle Befunde

Staatliche Akteure, politische Berater*innen und Politiker*innen betonen die Notwendigkeit, mit lokalen Gemeinschaften und Akteure zu

kooperieren, um Extremismus vorzubeugen, ihn einzudämmen und zurückzudrängen. In diesem Zusammenhang wird häufig von *community resilience* („Gemeinschaftsresilienz“) gesprochen, die es einer Gemeinschaft ermöglicht, extremistischen Ideologien zu widerstehen. Es wird hervorgehoben, dass die eigene Gemeinschaft oder das persönliche Umfeld Einzelpersonen vor radikalen Einflüssen schützen kann. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass die Mitglieder der Gemeinschaft Anzeichen von Radikalisierung erkennen und angemessen darauf reagieren können.

Trotz der zentralen Rolle, die Gemeinschaftsresilienz bei der Radikalisierungsprävention spielen kann, und der öffentlichen Anerkennung dieser Rolle gibt es nur wenige wissenschaftliche Studien und sehr begrenzte empirische Erkenntnisse zu Gemeinschaftsresilienz und den Handlungsstrategien von Individuen, wenn sie im eigenen Umfeld mit Radikalisierung konfrontiert werden. Die wenigen vorhandenen Erkenntnisse basieren überwiegend auf kleineren Studien, die sich auf teilnehmende Beobachtungen, Interviews mit Praktiker*innen sowie Literatur- und Dokumentenrecherchen stützen (vgl. Dalgaard-Nielsen & Schack, 2016; Salyk-Virk, 2020; Weine, 2012). So wurde beispielsweise in Dänemark anhand von Interviews mit Mentor*innen, Sozialarbeiter*innen und Lehrkräften festgestellt, dass die Familie sowie lokale Vertrauensnetzwerke die wichtigsten Ansprechpartner*innen bezüglich Radikalisierung waren (Dalgaard-Nielsen & Schack, 2016; siehe auch Weine & Osman, 2013, für ähnliche Befunde aus den USA). Eine Ausnahme bildet eine Umfragestudie unter 2000 Lehrkräften aus Großbritannien und Dänemark. Basierend auf diesen Umfragedaten wurde festgestellt, dass Lehrkräfte Radikalisierungshinweise erkennen und darauf reagieren würden (Parker et al., 2021). Es gab jedoch wesentliche Unterschiede zwischen den Ländern: Die britischen Lehrkräfte neigten eher zu „formellen“ Reaktionen als ihre dänischen Kolleg*innen.

Unsere Forschung untersucht, wie der Grad der Radikalisierung einer Person im nahen Umfeld die Wahrnehmung von Bedrohung und die Handlungsbereitschaft beeinflusst. Wir analysieren, wie sich die persönliche Bedrohungswahrnehmung der Befragten ändert, wenn sie eine radikalisierte Person in ihrem nahen Umfeld haben, und inwiefern der Grad der Radikalisierung einer nahestehenden Person ihre Bereitschaft, aktiv zu handeln, beeinflusst. Zudem betrachten wir, ob Befragte, wenn sie mit einer radikalisierten Person im nahen Umfeld konfrontiert sind, eher zu

sogenannten informellen Maßnahmen wie Gesprächen mit der Person oder der Familie oder zu formellen Maßnahmen wie dem Kontaktieren einer Beratungsstelle oder der Polizei neigen. Schließlich untersuchen wir, ob sich diese Präferenzen je nach Art des Extremismus (Rechtsextremismus versus islamistischer Extremismus) unterscheiden.

Im Rahmen der MOTRA-Umfrage „Menschen in Deutschland“ 2022 wurden 4 319 Personen befragt (für weitere Informationen über die Umfrage, das Stichprobendesign und die Stichprobe siehe Fischer et al., 2023). Die Stichprobe besteht aus drei Gruppen: Stichprobe 1 wurde aus der allgemeinen Bevölkerung über 18 Jahren gezogen ($n = 2\,117$), Stichprobe 2 besteht aus Menschen mit Migrationshintergrund ($n = 600$), und Stichprobe 3 besteht aus Menschen aus mehrheitlich muslimischen Ländern ($n = 1\,602$). Die Stichprobenziehung erfolgte aus den Einwohnermelderegistern. Zuerst wurde eine zufällige Auswahl an Gemeinden gezogen, daraus wurden zufällig Adressen ausgewählt, und aus diesen Adressen wurden anhand des sogenannten onomastischen Verfahrens (basierend auf Namensbestandteilen) die potenziellen Befragten ausgewählt und per Post kontaktiert. Jede befragte Person erhielt ein Prepaid-Incentive in Höhe von fünf Euro. Die Teilnehmer*innen konnten entweder den Fragebogen ausfüllen und zurückschicken oder ihn online ausfüllen. Die Rücklaufquote beträgt 21 % (Stichprobe 1 = 31 %, Stichprobe 2 = 22 %, Stichprobe 3 = 15 %).

In einem Experiment wurden die Teilnehmer*innen zufällig einer von vier Gruppen zugeteilt und bekamen jeweils eines von vier Szenarien zu lesen. Die Szenarien unterschieden sich nach dem Phänomenbereich der Radikalisierung (Rechtsextremismus oder islamistischer Extremismus) und nach zwei unterschiedlichen Stufen der Radikalisierung (niedrig oder hoch). Die Szenarien bzw. das faktorielle Experimentdesign mit 2×2 Gruppen sind in Tabelle 1 dargestellt.

	Rechtsextremismus	Islamistischer Extremismus
Niedrige Radikalisierung	<p>„Ein Bekannter von Ihnen hat sich mehrfach negativ über Ausländer in Deutschland geäußert. Er meint, dass es in Deutschland zu viele Ausländer gibt, und klagt darüber, dass die Situation immer schlimmer wird. Er ist der Ansicht, dass für Ausländer hier in der Gesellschaft kein Platz sein sollte.“ (Experiment-Gruppe 1)</p>	<p>„Ein Bekannter von Ihnen hat sich mehrfach negativ über Menschen geäußert, die seine Religion lächerlich machen und Gott beleidigen. Er meint, dass es in Deutschland zu viele solche ‚Gotteslästerer‘, gibt und klagt darüber, dass die Situation immer schlimmer wird. Er ist der Ansicht, dass für Gotteslästerer hier in der Gesellschaft kein Platz sein sollte.“ (Experiment-Gruppe 2)</p>
Hohe Radikalisierung	<p>... + „Er ist der Meinung, dass jetzt dagegen aktiv etwas getan werden muss. Dabei verweist er auf Gruppen, die dafür die Anwendung von Gewalt befürworten.“ (Experiment-Gruppe 3)</p>	<p>... + „Er ist der Meinung, dass jetzt dagegen aktiv etwas getan werden muss. Dabei verweist er auf Gruppen, die dafür die Anwendung von Gewalt befürworten.“ (Experiment-Gruppe 4)</p>

Tabelle 1: Experiment-Design

Erkennen die Befragten Radikalisierung? Um diese Frage zu beantworten, haben wir fünf Umfrage-Items formuliert. Die Teilnehmer*innen wurden gebeten anzugeben, wie problematisch sie die im Experiment beschriebenen Äußerungen finden würden, und zwar für sich selbst, Mitglieder ihrer Familie und ihre Freund*innen. Die Antwortkategorien reichten von „gar nicht problematisch“ über „kaum problematisch“ und „etwas problematisch“ bis hin zu „sehr problematisch“. Zusätzlich sollten sie beurteilen, ob diese Äußerungen darauf hindeuten, dass eine bekannte Person radikale Einstellungen entwickelt hat, die für die Gesellschaft gefährlich sein könnten, sowie ob in diesem Fall ihrer Meinung nach etwas gegen die im Experiment beschriebenen Person unternommen werden sollte. Hierfür standen die Antwortmöglichkeiten „eindeutig nein“, „eher nein“, „eher ja“ und „eindeutig ja“ zur Verfügung. Diese Items wurden einer Faktorenanalyse unterzogen, die zeigte, dass sie zu einer Skala zusammengeführt werden können. Daraus wurde die Bedrohungswahrnehmungsskala generiert. Diese Skala wies eine hohe interne Konsistenz auf (Cronbach's $\alpha = 0.89$).

Anschließend wurde gemessen, was die Befragten tun würden, wenn sie mit einer Radikalisierung im nahen Umfeld konfrontiert würden. Die Frage lautete: „Sollten Sie tatsächlich mal eine solche Situation erleben: Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie im Hinblick auf die betreffende Person dann

Folgendes unternehmen würden?“ Dann wurde eine Reihe von möglichen Handlungen aufgelistet: (a) Ich würde mit der Person selbst darüber reden; (b) mit ihrer Familie oder ihren Freund*innen über sie sprechen; (c) mit einem Sozialarbeiter über sie sprechen; (d) mit einem Priester oder einem Imam über sie sprechen; (e) den Fall einer Beratungsstelle mitteilen, die sich mit Radikalisierung und Deradikalisierung befasst; (f) mit einer polizeilichen Beratungsstelle sprechen, ohne den Namen der Person zu nennen; (g) die Person bei der Polizei anzeigen; (h) gar nichts unternehmen. Hier konnten die Befragten auf einer Skala von 1 bis 6 aus den Antwortmöglichkeiten „gar nicht wahrscheinlich“ bis „sehr wahrscheinlich“ auswählen. Diese Items wurden auch einer Faktorenanalyse unterzogen, die zeigte, dass sie zu zwei Skalen zusammengeführt werden können. Die erste Skala besteht aus zwei Items, die eher ganz informelle Handlungen messen, nämlich: (a) mit der Person selbst reden oder (b) mit ihrer Familie oder Freund*innen darüber reden. Diese Skala wies eine hohe interne Konsistenz auf (Cronbach's $\alpha = 0.80$). Die zweite Skala besteht aus fünf Items, die eher formellere Handlungen messen, nämlich: (c) mit einem Sozialarbeiter oder (d) mit einem Priester oder Imam über die Person sprechen; (e) den Fall einer Beratungsstelle mitteilen; (f) mit einer polizeilichen Beratungsstelle sprechen oder (g) die Person bei der Polizei anzeigen. Diese Skala wies eine hohe interne Konsistenz auf (Cronbach's $\alpha = 0.85$). Das letzte Item (h) ‚gar nichts unternehmen‘ wird separat analysiert, da es auf keinen der beiden Faktoren geladen hat.

Die Daten des Umfrageexperiments wurden mit Hilfe der Kleinste-Quadrate-Schätzung (OLS) und logistischer Regressionsmodelle analysiert. Im ersten Analyseschritt wurde geprüft, ob sich die Antworten der Befragten auf der Bedrohungswahrnehmungsskala signifikant voneinander unterscheiden, je nachdem, in welche Gruppe sie zugeteilt worden waren. Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Befragten Radikalisierungsprozesse erkennen und Szenarien, die auf gewaltbereite Radikalisierung hinweisen, signifikant als problematischer und gefährlicher einschätzen, unabhängig vom Phänomenbereich. Die Ergebnisse deuten also darauf hin, dass die Befragten zwischen den Phänomenbereichen nicht signifikant unterscheiden und beide als ähnlich starke Bedrohungen wahrnehmen. Zur zusätzlichen explorativen Analyse und Robustheitsüberprüfung wurde die Skala in ihre einzelnen Komponenten zerlegt und die Umfrage-Items einzeln betrachtet. Für diese Analyse wurden logistische Regressionsmodelle

verwendet, da ordinale logistische Regressionen schwer zu interpretieren sind. Die Antwortkategorien der vierstufigen Likert-Skala wurden dafür in eine Dummy-Variable umkodiert. Um die Interpretation der Koeffizienten der logistischen Regression zu erleichtern, wurden durchschnittliche marginale Effekte berechnet. Es fällt auf, dass die Befragten zwar angeben, dass Rechtsextremismus von ihnen selbst, ihren Freund*innen sowie von ihren Familien als signifikant problematischer angesehen würde, aber trotz dieser Unterschiede sehen sie einen signifikant höheren Handlungsbedarf im Phänomenbereich Islamismus. Das bedeutet, dass sie im Fall von niedriger islamistischer Radikalisierung im nahen Umfeld eher befürworten würden, dass Maßnahmen gegen die im Experiment beschriebene Person ergriffen werden, als im Fall von niedriger rechtsextremistischen Radikalisierung.

Im nächsten Analyseschritt wurde anhand OLS-Analysen untersucht, was die Befragten tun würden, wenn sie mit Radikalisierung in ihrem nahen Umfeld konfrontiert wären. Die Befragten würden mit einer größeren Wahrscheinlichkeit sowohl formell als auch informell etwas unternehmen, wenn sie mit einem Szenario konfrontiert wären, das einen höheren Grad an Radikalisierung beschreibt. Dies deutet darauf hin, dass die Befragten stärkere Radikalisierungsprozesse erkennen und angemessen darauf reagieren würden. Allerdings gab es Unterschiede in Bezug auf die Phänomenbereiche. Im Vergleich zu einem Fall von Rechtsextremismus neigen die Befragten bei islamistischer Radikalisierung signifikant häufiger zu formellen Maßnahmen, wie beispielsweise den Gang zu einer Beratungsstelle oder zur Polizei. Bei informellen Maßnahmen, wie etwa dem Gespräch mit der betroffenen Person selbst, konnten wir keine signifikanten Unterschiede zwischen den beiden Phänomenbereichen feststellen. Für die Analyse des letzten Umfrage-Items wurde ein logistisches Regressionsmodell verwendet, da ordinale logistische Regressionen schwer zu interpretieren sind. Die Antwortkategorien der sechsstufigen Likert-Skala wurden dafür in eine Dummy-Variable umkodiert. Um die Interpretation der Koeffizienten der logistischen Regression zu erleichtern, wurden durchschnittliche marginale Effekte berechnet. Bei der Betrachtung dieses letzten Umfrage-Items zeigt sich, dass die Befragten bei rechtsextremer Radikalisierung etwas häufiger angeben würden, nichts zu unternehmen, im Vergleich zu Fällen islamistischer Radikalisierung. Dieser Unterschied ist allerdings nicht statistisch signifikant. Trotzdem steht dieser Befund im Einklang mit den oben beschriebenen Erkenntnissen, wonach die Befragten

Maßnahmen im Fall von islamistischer Radikalisierung eher befürworten würden und anscheinend auch etwas häufiger dagegen sind, nichts zu unternehmen.

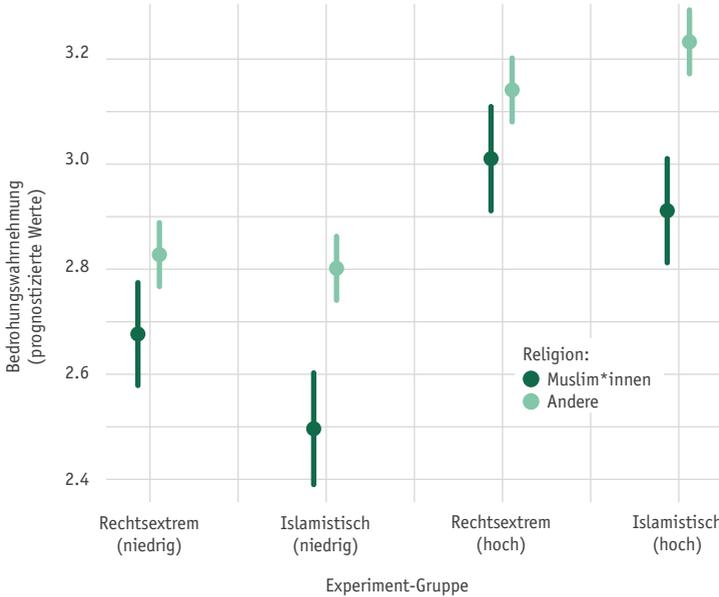


Abbildung 5: Effekt des Treatments auf Bedrohungswahrnehmung in Abhängigkeit der Religion

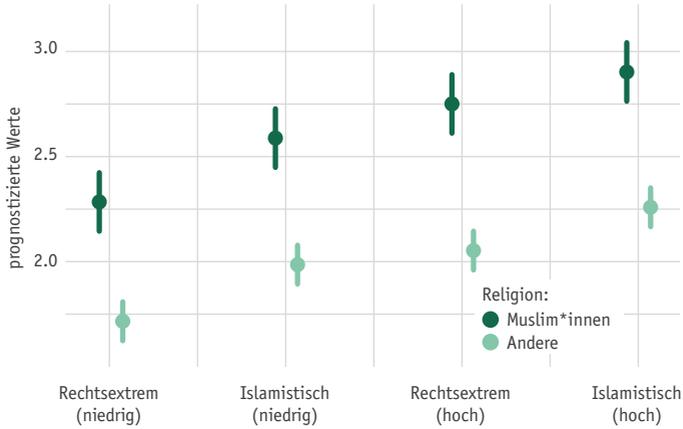
Notizen: Prognostizierte Werte aus OLS-Regressionsmodellen.

Im letzten Analyseschritt wurde untersucht, ob sich die Befunde je nach religiöser Zugehörigkeit der Befragten unterscheiden würden. Dabei lag der Fokus insbesondere auf die Einstellungen der muslimischen Befragten und die möglichen Unterschiede zu nichtmuslimischen Befragten. Diese Analyse ist aus zwei Gründen besonders relevant. Erstens sind anti-muslimischer Rassismus und Muslimfeindlichkeit in der deutschen Gesellschaft weitverbreitet und muslimische und als Muslim*innen wahrgenommene Personen sind häufig Opfer rechtsextremer Gewalt. Daher ist es wichtig zu untersuchen, wie sie mit rechtsextremer Radikalisierung umgehen würden. Zweitens steht die deutsche muslimische Gemeinschaft unter erheblichem Druck, da Umfrageergebnisse oft eine relativ hohe Zustimmung zu Einstellungen unter muslimischen Befragten zeigen, die mit islamistischen Ideologien in Einklang stehen. Daher ist es auch

von Bedeutung zu erforschen, ob muslimische Befragte Radikalisierungsprozesse erkennen und wie sie darauf reagieren würden. Für diese Analyse wurden Interaktionseffekte in den Regressionsmodellen berechnet, um die Unterschiede zwischen den Gruppen detailliert zu erfassen. Interaktionseffekte sind schwierig zu interpretieren, deswegen haben wir die prognostizierten Werte geschätzt und die Ergebnisse visualisiert.

In Abbildung 5 sind die prognostizierten Werte auf der Bedrohungswahrnehmungsskala dargestellt, differenziert nach den experimentellen Gruppen und der religiösen Zugehörigkeit der Befragten. Die Punkte repräsentieren die prognostizierten Werte, während die vertikalen Linien die Konfidenzintervalle dieser Schätzungen darstellen. Die nichtüberlappenden Konfidenzintervalle deuten auf statistisch signifikante Unterschiede hin, während die überlappenden Konfidenzintervalle auf nicht-signifikante Unterschiede hindeuten. Ein erster und problematischer Befund betrifft die Bedrohungswahrnehmung: Im Vergleich zu nicht-muslimischen Befragten (graue Punkte) schätzen muslimische Befragte (grüne Punkte) den niedrigen sowie hohen Grad der islamistischen Radikalisierung als deutlich weniger gefährlich ein. Interessanterweise bewerten muslimische Befragte rechtsextremistische Radikalisierung ebenfalls als weniger gefährlich, allerdings sind die Unterschiede statistisch nicht signifikant. Dieser Befund ist besorgniserregend und sollte als Warnsignal dienen. Damit Gemeinschaften gegen Radikalisierung gewappnet sind, müssen sie in der Lage sein, Anzeichen von Radikalisierung zu erkennen und angemessen zu reagieren. Unsere Erkenntnisse deuten darauf hin, dass im Fall der muslimischen Befragten Verbesserungsbedarf besteht. Präventionsmaßnahmen könnten speziell auf diese Gemeinschaften abzielen, sie sensibilisieren und darüber informieren, wie sie Anzeichen gefährlicher Radikalisierungsprozesse besser erkennen können.

Panel A: Formelle Handlung



Panel A: Informelle Handlung

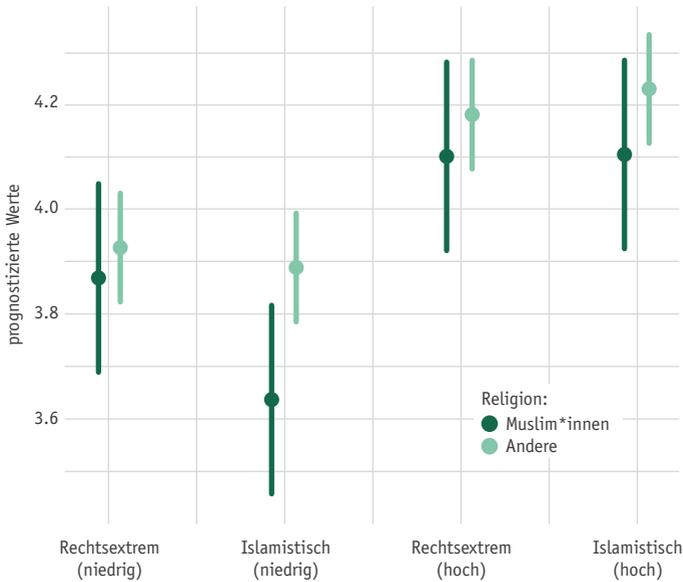


Abbildung 6: Effekt des Treatments auf formelle und informelle Handlungen in Abhängigkeit der Religion

Notizen: Prognostizierte Werte aus OLS-Regressionsmodellen

Wenn wir uns die formellen und informellen Handlungen anschauen, dann beobachten wir einen deutlichen Unterschied im Hinblick auf die formellen Handlungen. Die Abbildung 6 zeigt die prognostizierten Werte auf die formellen und informellen Handlungsskalen, differenziert nach den experimentellen Gruppen und der religiösen Zugehörigkeit der Befragten. Ähnlich wie bei Abbildung 5, repräsentieren die Punkte die prognostizierten Werte, während die vertikalen Linien die Konfidenzintervalle dieser Schätzungen darstellen. Im Vergleich zu nichtmuslimischen Befragten haben muslimische Befragte eine höhere Bereitschaft, bei beiden Phänomenbereichen und bei beiden Graden der Radikalisierung formelle Maßnahmen zu ergreifen (Panel A). Bei den informellen Handlungen gibt es keine signifikanten Unterschiede (Panel B). Eine weitere interessante Erkenntnis aus dieser Studie ergibt sich bei der Betrachtung der einzelnen Umfrage-Items (nicht abgebildet). Hier erkennen wir, dass der Effekt, den wir bei formellen Handlungen sehen, teilweise durch die Neigung der muslimischen Befragten bestimmt wird, sich bei religiösen Autoritäten (Imamen) Rat zu holen. Dies gilt nicht nur im Fall einer islamistischen Radikalisierung, sondern auch im Fall rechtsextremer Radikalisierungstendenzen. Dieses Ergebnis hat erhebliche Auswirkungen auf die Prävention von Extremismus. Da viele befragte Muslim*innen dazu neigen, Rat bei religiösen Autoritäten zu suchen, ist es von entscheidender Bedeutung, diese Autoritäten zu schulen und darüber zu informieren, welche Schritte zu unternehmen sind, wenn sie mit hilfesuchenden Personen konfrontiert werden. Die Ausstattung religiöser Führungspersonen mit dem nötigen Wissen und den erforderlichen Ressourcen kann ihre Fähigkeit verbessern, Radikalisierung in ihren Gemeinschaften wirksam zu erkennen und zu mindern.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Befragten Radikalisierung insgesamt als problematisch und bedrohlich wahrnehmen, jedoch bei islamistischer Radikalisierung einen etwas höheren Handlungsbedarf sehen. Während es bei informellen Maßnahmen, wie dem Gespräch mit der betroffenen Person oder ihrer Familie, keine Unterschiede zwischen den verschiedenen Radikalisierungsphänomenen gibt, zeigt sich bei islamistischer Radikalisierung (sowohl bei niedrigem als auch bei hohem Grad) eine größere Neigung, auf formelle Maßnahmen wie das Aufsuchen von Beratungsstellen oder das Melden bei der Polizei zurückzugreifen. Besorgniserregend war der Befund, dass muslimische Befragte im Vergleich zu nicht-muslimischen Befragten sowohl niedrigere als auch höhere

Grade der islamistischen Radikalisierung als weniger problematisch wahrnehmen. In dieser Hinsicht besteht Aufklärungsbedarf. Dennoch zeigen sie in allen Treatment-Gruppen eine stärkere Tendenz zu formellen Maßnahmen. Dieser Effekt ist teilweise darauf zurückzuführen, dass sie häufiger Rat bei religiösen Autoritäten wie Imamen suchen, und dies gilt auch bei Rechtsextremismus. Bei informellen Maßnahmen bestehen jedoch keine Unterschiede zwischen den Gruppen.

Im folgenden Abschnitt untersuchen wir anhand des zweiten vergleichenden Umfrageexperiments, wie Terroranschläge in der deutschen Bevölkerung wahrgenommen werden und ob in dieser Hinsicht Unterschiede zwischen islamistischem und rechtsextremem Terrorismus bestehen.

Die (verzerrte) Wahrnehmung von rechtsextremem und islamistischem Terrorismus

In Deutschland gab es in den letzten Jahren eine Reihe von Terroranschlägen, die sich auf die öffentliche und politische Debatte ausgewirkt haben. Dazu zählen unter anderem die rechtsextremen Anschläge in Halle 2019 und Hanau 2020 oder der islamistische Anschlag in Dresden im selben Jahr. Die Forschung hat gezeigt, dass Terrorismus die öffentliche Meinung beeinflusst und autoritäre Einstellungen, Vorurteile und Formen der Stigmatisierung verstärkt (vgl. Jacobs & van Spanje, 2021; Solheim, 2021). Vergleichende Studien haben verdeutlicht, dass die öffentlichen und politischen Reaktionen nach Terroranschlägen nicht nur vom Gewaltakt an sich abhängen, sondern die Ideologie eine bedeutende Rolle spielt (vgl. Godefroidt, 2023; Völker, 2023). Daher untersuchen wir in unserer Studie die systematischen Unterschiede in der Wahrnehmung von Rechtsextremismus und Islamismus und analysieren, wie ideologische Motive hinter Terroranschlägen die Bedrohungswahrnehmung und politischen Präferenzen beeinflussen.

Empirisch stützt sich die Studie auf neue experimentelle Daten aus einer repräsentativen Umfrage. Das Experiment wurde in eine im März 2023 durchgeführte Umfrage zu politischen Einstellungen und Partizipation eingebettet. 2 850 Erwachsene wurden als repräsentative Stichprobe der deutschen Bevölkerung über das Online-Access-Panel *Respondi* rekrutiert.

Das Experiment verwendet Zeitungsartikel, die realistische Szenarien rechtsextremer und islamistischer Terroranschläge beschreiben. Die Artikel orientieren sich an realen Zeitungsartikeln nach Terroranschlägen in Deutschland in den letzten Jahren. Das Experiment besteht aus zwei Gruppen und einer Kontrollgruppe (jeweils 950 Befragte), die jeweils Artikel zu einem islamistischen oder rechtsextremistischen Anschlag lesen. Aus der bisherigen Forschung ist bekannt, dass Charakteristika von Ereignissen, wie zum Beispiel die Größe, und das Ausmaß des Anschlags, wie zum Beispiel die Anzahl der Opfer oder der Ort, die Wirkung von Ereignissen beeinflussen können (Völker, 2023). Daher sind alle Informationen im Artikel identisch, nur das beschriebene ideologische Motiv des Anschlags variiert. Die drei Gruppen von Befragten erhalten folgende Einleitung: *„Nun stellen wir Ihnen einige Fragen zu Ihrer persönlichen Sicht auf die Sicherheitslage und mögliche Bedrohung in Deutschland. Deutschland war in den letzten Jahrzehnten mit Terroranschlägen mit verschiedenen ideologischen Hintergründen konfrontiert.“*

Je nach Gruppe sehen die Befragten entweder einen Zeitungsartikel über islamistischen Terrorismus oder einen Zeitungsartikel über Rechtsterrorismus. Die Kontrollgruppe liest keinen Artikel und beantwortet die Fragen zur Bedrohungswahrnehmung direkt. Die beiden anderen Gruppen lesen den folgenden Text: *„Im Folgenden wollen wir Ihnen ein realistisches Szenario von Sicherheitsbedrohungen in Deutschland zeigen. Bitte lesen Sie den fiktiven Zeitungsartikel und beantworten einige Fragen dazu. Stellen Sie sich das folgende Szenario vor und geben Sie anschließend an a) wie Sie die Sicherheitsbedrohung einschätzen und b) welche politischen Konsequenzen Sie angemessen fänden.“*

Anschließend liest die eine Gruppe der Befragten einen fiktiven Zeitungsartikel über islamistischen Terrorismus (linke Seite) und die andere Gruppe einen Zeitungsartikel über Rechtsterrorismus (rechte Seite) (Abbildung 7).

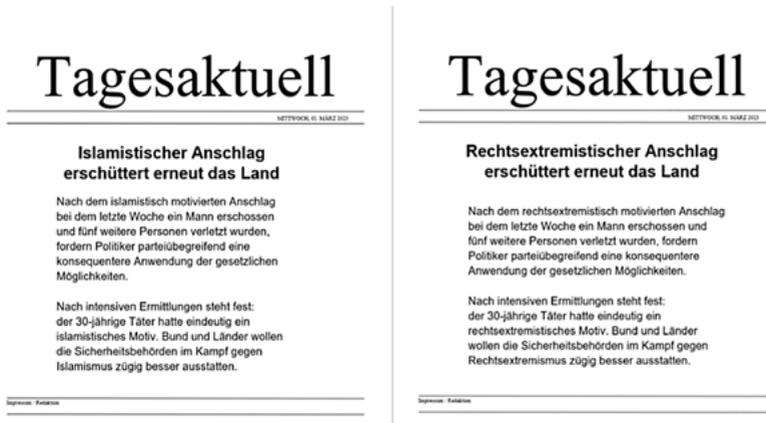


Abbildung 7: Vignetten von Zeitungsartikeln über Terrorismus

Anschließend beantworten alle Gruppen Fragen zu ihrer Bedrohungswahrnehmung, insbesondere zu ihrer Einschätzung des Terroranschlags und den politischen Folgen. Wir analysieren den Effekt des ideologischen Motivs auf drei Facetten der Bedrohungswahrnehmung: (1) Angst vor Terrorismus, (2) Wahrnehmung der Ursachen und (3) Unterstützung restriktiver staatlicher Gegenmaßnahmen. Die Facetten der Bedrohungswahrnehmung beziehen sich auf Fragen, die typischerweise in öffentlichen Debatten nach Terroranschlägen diskutiert werden: Wie groß ist die Angst? Wer ist schuld? Was sollte getan werden?

Der erste Indikator ist die Angst vor einem solchen Anschlag und die Einschätzung der Wahrscheinlichkeit eines solchen Anschlags in den nächsten zwölf Monaten. Der zweite Indikator ist die Wahrnehmung der Ursache des Anschlags, das heißt warum dieser Anschlag verübt wurde. Dazu gehört die Wahrnehmung der Täter*innen als „einsame Wölfe“ oder aufgrund des radikalen sozialen Umfelds. Drittens das Ausmaß, in dem die Befragten den Anschlag als kollektive Bedrohung verallgemeinern und bestimmte Bevölkerungsgruppen kollektiv stigmatisieren. Die vierte Variable misst die Unterstützung für restriktive staatliche Gegenmaßnahmen anhand von drei Items: härteres Durchgreifen des Staates, mehr Investitionen in die Extremismusbekämpfung und Stärkung der Geheimdienste.

Um den kausalen Effekt der ideologischen Motive hinter den Terroranschlägen auf die Bedrohungswahrnehmung zu analysieren, wurde die Differenz der Mittelwerte zwischen den Gruppen berechnet. Darüber hinaus haben wir die Daten des Umfrageexperiments mit OLS-Regressionsmodellen untersucht und für eine Reihe soziodemografischer Variablen kontrolliert. Neben den abhängigen Variablen enthält die Untersuchung einen Manipulationstest am Ende der Befragung, bei dem die Teilnehmer*innen gefragt werden, was in dem Zeitungsartikel gelesen wurde. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass die Mehrheit der Befragten den Manipulationstest bestand, das heißt sich korrekt an das ideologische Motiv hinter dem im Zeitungsartikel gelesenen Terroranschlag erinnerte.

Wie unterscheidet sich die Wahrnehmung von rechtsextremistischen und islamistischen Anschlägen? Während der Rechtsextremismus die größte Sicherheitsbedrohung in Deutschland darstellt (Bundeskriminalamt, 2023), zeichnet die Analyse der Bedrohungswahrnehmung der Bevölkerung ein anderes Bild. Die Ergebnisse zeigen, dass islamistische Anschläge als größere Bedrohung wahrgenommen werden als rechtsextremistische. Auf die Frage, ob die Befragten Angst davor haben, dass es in Deutschland zu einem Terroranschlag kommen könnte (Skala 0-100: 0 = überhaupt keine Angst; 100 = sehr große Angst), ist die Angst vor einem islamistischen Terroranschlag höher (4.4 Prozentpunkte Unterschied im Mittelwert) als die Angst vor einem rechtsextremistischen Anschlag. Ebenso halten die Befragten einen islamistischen Terroranschlag in den nächsten zwölf Monaten für wahrscheinlicher als einen rechtsextremistischen Anschlag (4.2 Prozentpunkte Unterschied im Mittelwert auf einer Skala von 0-100 mit 0 = überhaupt nicht wahrscheinlich und 100 = sehr wahrscheinlich).

Warum wird islamistischer Terrorismus in westlichen Gesellschaften als größere Bedrohung wahrgenommen als rechtsextremistischer Terrorismus? Die Teilnehmer*innen wurden gefragt, ob ihrer Meinung nach die soziale Isolation der Täter eine größere Rolle spielt oder das radikale soziale Umfeld. Rechtsextremistische Terroranschläge werden eher als Taten sozial isolierter Einzeltäter*innen oder „einsamer Wölfe“ wahrgenommen als islamistische Anschläge. 25 % der Befragten, die einen rechtsextremistischen Terroranschlag erlebt haben, glauben, dass es sich bei den rechtsextremistischen Tätern um „einsame Wölfe“ handelt. Im Gegensatz dazu sind nur 19 % der Befragten, die mit einem islamistischen

Terroranschlag konfrontiert wurden, der Meinung, dass islamistische Täter „einsame Wölfe“ sind. Insgesamt sehen die Befragten bei beiden Anschlagsarten das radikale Netzwerk als zentralen Motor der Radikalisierung.

Im vierten Schritt wurde die gruppenbezogene Stigmatisierung gemessen. Diese bezieht sich auf das Ausmaß, in dem die Befragten die Anschläge als kollektive Bedrohung wahrnehmen, die sich auf breitere Gruppen bezieht, wie zum Beispiel Muslim*innen nach islamistischen Anschlägen und deutsche Patriot*innen nach rechtsextremistischen Anschlägen. Die Studie verwendet drei Indikatoren für gruppenbezogene Stigmatisierung: Verantwortung, Gewalt und Überwachung. Erstens bezieht sich Verantwortung darauf, ob die assoziierte Gruppe für den Angriff verantwortlich gemacht wird. Zweitens misst Gewalt, ob die assoziierte Gruppe als gewaltbereiter wahrgenommen wird als andere Befragte. Drittens bezieht sich Überwachung auf die Frage, ob die Gruppe vom Staat überwacht werden sollte. Für alle drei Stigmatisierungsindikatoren zeigen die Ergebnisse, dass die durchschnittliche Position bei der Schuldzuweisung an assoziierte Gruppen im mittleren Bereich zwischen 3 und 4 liegt (auf einer Skala von 1-7; 1 = trifft überhaupt nicht zu; 7 = trifft voll und ganz zu). Im Durchschnitt machen Befragte Muslim*innen für islamistische Anschläge stärker verantwortlich als deutsche Patriot*innen für rechtsextreme Anschläge (0.4 Skalenpunkte Unterschied). Ebenso nehmen die Befragten Muslim*innen nach islamistischen Anschlägen als gewaltbereiter wahr als deutsche Patriot*innen nach rechtsextremistischen Anschlägen (0.6 Skalenpunkte Unterschied). Sie befürworten auch häufiger die Überwachung von Muslim*innen nach islamistischen Anschlägen als die Überwachung von Patriot*innen nach rechtsextremistischen Anschlägen (0.3 Skalenpunkte Unterschied).

Die unterschiedliche Bedrohungswahrnehmung spiegelt sich auch in der Bereitschaft zur Unterstützung restriktiver Gegenmaßnahmen nach islamistischen und rechtsextremistischen Anschlägen wider. Die durchschnittliche Zustimmung zu staatlichen Maßnahmen nach islamistischen Anschlägen ist höher als nach rechtsextremistischen Anschlägen (0.4 Skalenpunkte Unterschied). Darüber hinaus zeigt die Studie, dass die Unterstützung für staatliche Investitionen in die Extremismusbekämpfung nach islamistischen Anschlägen im Durchschnitt höher ist als nach rechtsextremistischen Anschlägen (0.4 Skalenpunkte Unterschied). Ebenso ist

die durchschnittliche Unterstützung für eine Ausweitung der Befugnisse der Nachrichtendienste nach islamistischen Anschlägen höher als nach rechtsextremistischen Anschlägen (0.5 Skalenpunkte Unterschied).

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass es die Bedrohungswahrnehmungen weniger vom Gewaltakt per se sondern stark vom ideologischen Motiv der Tat abhängen: Erstens zeigen die Ergebnisse, dass islamistische Bedrohungen als größere Bedrohung wahrgenommen werden als rechts-extreme Bedrohungen. Die Angst vor einem islamistischen Terroranschlag ist größer und die Befragten halten einen islamistischen Terroranschlag in den nächsten zwölf Monaten für wahrscheinlicher als einen rechts-extremistischen. Zweitens zeigen die Ergebnisse, dass islamistische Terrorist*innen seltener als „einsame Wölfe“ wahrgenommen werden als rechts-extreme Terrorist*innen. Im Einklang mit der Hypothese der kollektiven Bedrohung ist es zudem häufiger, dass Muslim*innen für islamistische Bedrohungen verantwortlich gemacht werden als deutsche Patriot*innen für rechtsextreme Bedrohungen. Drittens spiegelt sich die verzerrte Bedrohungswahrnehmung der Befragten auch in ihren politischen Präferenzen wider. Ideologische Motive hinter Anschlägen haben einen signifikanten Einfluss auf die Bereitschaft der Befragten, restriktive staatliche Gegenmaßnahmen zu unterstützen: Die Zustimmung zu staatlichen Eingriffen, zur Extremismusbekämpfung und zur Ausweitung der Befugnisse der Nachrichtendienste ist nach islamistischen Anschlägen höher als nach rechtsextremistischen Anschlägen. Die Ergebnisse des zweiten Umfrage-experiments zeigen wie weit verbreitet verzerrte Bedrohungswahrnehmungen in der deutschen Gesellschaft sind. Daher sind die Reaktionen von Politik und Öffentlichkeit nach Terroranschlägen von entscheidender Bedeutung, um der Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen entgegenzuwirken.

Zusammenfassend zeigen die zwei Umfrageexperimente, dass sich die Wahrnehmung von Bedrohung und Radikalisierung in Deutschland je nach Ideologie unterscheidet. Islamistische Radikalisierung und Terrorismus wird systematisch anders wahrgenommen als rechtsextreme Radikalisierung und Terrorismus. Die Befragten nahmen zwar insgesamt individuelle Radikalisierung und Terroranschläge als problematisch und bedrohlich wahr, sahen jedoch bei Islamismus einen höheren Handlungsbedarf als bei Rechtsextremismus. Die Ergebnisse haben wichtige Implikationen

für öffentliche und politische Entscheidungsträger*innen. Politische Entscheidungsträger*innen sollten diese verzerrten Bedrohungswahrnehmungen berücksichtigen, wenn sie ihren politischen Ansatz zur Prävention von Radikalisierung und Extremismus in westlichen Demokratien entwickeln und kommunizieren. Verzerrte Bedrohungswahrnehmungen können zu unverhältnismäßigen politischen Reaktionen wie repressiven Maßnahmen oder fehlgeschlagenen Bemühungen zur Terrorismusbekämpfung und Radikalisierungsprävention führen.

Literatur

- Bundeskriminalamt (2023). *Bundesweite Fallzahlen 2023, Politisch motivierte Kriminalität*. Bundesministerium des Innern und für Heimat. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2024/pmk2023-factsheets.pdf;jsessionid=D8809E-27F158977E420CCD72E304ED77.live891?__blob=publicationFile&v=3.
- Dalgaard-Nielsen, A. & Schack, P. (2016). Community resilience to militant islamism: who and what?: An explorative study of resilience in three danish communities. *Democracy and Security*, 12(4), 309-27.
- Della Porta, D. & Mattoni, A. (2014). Patterns of diffusion and the transnational dimension of protest in the movements of the crisis: An introduction. *Spreading protest. Social movements in times of crisis*, 1-18.
- Earl, J., Martin, A., McCarthy, J. D. & Soule, S. A. (2004). The Use of Newspaper Data in the Study of Collective Action. *Annual Review of Sociology*, 30(1), 65-80. <https://doi.org/10.1146/annurev.soc.30.012703.110603>
- Fischer, J.M.K., Farren, D., Brettfeld, K., Endtricht, R. & Wetzels, P. (2023). Menschen in Deutschland 2022. Zweite Welle der bundesweit repräsentativen Befragung: Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrument und Codebuch. *MOTRA-Forschungsbericht No. 6*. Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.11415>
- Godefroidt, A. (2023). How terrorism does (and does not) affect citizens' political attitudes: a meta-analysis. *American Journal of Political Science*, 67(1), 22-38.
- Grande, E., Hutter, S., Koopmans, R., Hunger, S., Kanol, E., Saldivia Gonzatti, D. & Völker, T. (2021). Politischer Protest und Radikalisierung. In U. Kemmesies et al. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2020*. MOTRA.
- Grande, E., Hunger, S., Hutter, S., Kanol, E., Koopmans, R., Saldivia Gonzatti, D. & Völker, T. (2022). Politischer Protest und Radikalisierung. In U. Kemmesies et al. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2021*. MOTRA.
- Hadden, J. & Tarrow, S. (2007). Spillover or spillout? The global justice movement in the United States after 9/11. *Mobilization: An International Quarterly*, 12(4), 359-376. <https://doi.org/10.17813/mai.q.12.4.t221742122771400>
- Hutter, S. (2014). 'Protest Event Analysis and Its Offspring'. In D. della Porta (Hrsg.), *Methodological Practices in Social Movement Research* (S. 335-367). Oxford University Press.
- Hutter, S., Kanol, E., Saldivia Gonzatti, D., Schürmann, L., Völker, T. & Koopmans, R. (2023). Politischer Protest und Radikalisierung (WZB-Protest-Monitoring). In U. Kemmesies et al. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2022*. MOTRA.
- Jacobs, L. & van Spanje, J. (2021). Not all terror is alike: how right-wing extremist and islamist terror threat affect anti-immigration party support. *International Journal of Public Opinion Research*, 33(4), (S. 737-755). <https://doi.org/10.1093/ijpor/edaa037>
- Koopmans, R. (1999). Globalization or still national politics? A comparison of protests against the Gulf War in Germany, France, and the Netherlands. *Social Movements in a Globalizing World* (S. 57-70). Palgrave Macmillan UK.
- Ortiz, D., Myers, D., Walls, E. & Diaz, M.-E. (2005). Where do we stand with newspaper data? Mobilization. *An International Quarterly*, 10(3), 397-419.
- Parker, D., Lindekilde, L. & Gøtzsche-Astrup, O. (2021). Recognising and responding to radicalisation at the 'frontline': Assessing the capability of school teachers to recognise and respond to

radicalisation. *British Educational Research Journal*, 47(3), 634-53.
<https://doi.org/10.1002/berj.3677>

Rucht, D., Hoque, P. & Ohlemacher, T. (1992). *Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik Deutschland (Prodat)*, Codebuch.

Rucht, D. (2023). *Die Letzte Generation. Beschreibung und Kritik*. ipb working papers.

Salyk-Virk, M.J. (2020). Building community resilience? Community perspectives of the countering violent extremism pilot program in Minneapolis/St. Paul. *Studies in Conflict & Terrorism*, 43(11), 1011-42.

Solheim, Ø. B. (2021). Are we all Charlie? How media priming and framing affect immigration policy preferences after terrorist attacks. *West European Politics*, 44(2), 204-228.
<https://doi.org/10.1080/01402382.2019.1683791>

Tagesspiegel. (2023). ‚Gewalt gegen Beamte nimmt zu: Mehr Angriffe in 2023 auf Berliner Polizisten und Feuerwehrleute‘. Der Tagesspiegel Online.
<https://www.tagesspiegel.de/berlin/gewalt-gegen-beamte-nimmt-zu-mehr-angriffe-in-2023-auf-berliner-polizisten-und-feuerwehrleute-10937740.html#:~:text=dpa%2FPaul%20Zinken-,Gewalt%20gegen%20Beamte%20nimmt%20zu%3A%20Mehr%20Angriffe%20in%202023%20auf,Die%20Zahlen%20in%20Berlin%20steigen.>

Tarrow, S. (2015). *War, states, and contention: A comparative historical study*. Cornell University Press.

Völker, T. (2023): How terrorist attacks distort public debates. A comparative study of right-wing and islamist extremism. *Journal of European Public Policy*.
<https://dx.doi.org/10.1080/13501763.2023.2269194>

Weine, S. (2012). Building resilience to violent extremism in muslim diaspora communities in the united states. *Dynamics of Asymmetric Conflict: Pathways toward Terrorism and Genocide*, 5(1), 60-73.

Weine, S., & Osman, A. (2013). *Building resilience to violent extremism among Somali-Americans in Minneapolis-St. Paul: A report by START, supported by the U.S. Department of Homeland Security* (College Park, MD: START, 2012).
http://www.start.umd.edu/start/publications/Weine_BuildingResiliencetoViolentExtremism_SomaliAmericans.pdf

